

# FREIHEIT

Auflage: 100 000

Herausgegeben von der Scientology Kirche

## Scientologen fordern Ende der Diskriminierung

### Millionen-verschwendung dank Caberta und Beckstein

*Neonazis freuen sich: Der Verfassungsschutz beobachtet verfassungstreue Bürger anstatt die rechts-extreme Szene wirkungsvoll zu bekämpfen*

Während die Gewalt von Rechts zunimmt, verschwendet der Verfassungsschutz weiterhin Millionen als Religions-TÜV. Mangels offizieller Angaben kann man den geheimdienstlich betriebenen Aufwand zur Ausspähung der Scientologen nur ahnen. Schätzungen gehen davon aus, dass der Inlandsgeheimdienst zeitweise fünf bis zehn Prozent seiner Mittel (Personal und Finanzen) gegen die Scientologen eingesetzt hat. Aber letztlich ist es unerheblich, ob 200 oder 500 Geheimdienstspitzel gegen eine Religionsgemeinschaft losgeschickt worden sind. Entscheidend ist die Tatsache, dass der Geheimdienst von Scharfmachern wie dem bayerischen Minister Beckstein und der Hamburger innenministeriellen Angestellten Caberta als bloßes politisches Druck- und Propagandamittel gegen Scientologen missbraucht wurde. Gleichzeitig fehlt das dort verschwendete Personal und Geld bei Schutzmaßnahmen vor der offensichtlich gewaltbereiten Neonazi-Szene.

Obleich Deutschland wie auch die internationale Gemeinschaft mit Abscheu auf rechtsradikale Gewalttaten blickt, sind Caberta in Hamburg und Beckstein in Bayern offenbar nicht bereit, ihr Fehlverhalten zu korrigieren.

Die westdeutschen Länder haben eine Verantwortung für den Aufbau freiheitlich demokratisch strukturierter Länder in Ostdeutschland. Sachsen beispielsweise wurde und wird beim Verwaltungsaufbau von Bayern betreut. Obwohl es im ganzen Land keine Scientology Kirche gibt, wird diese nicht vorhandene Einrichtung trotzdem „beobachtet“ und im Jahresbericht des sächsischen Landesamts für Verfassungsschutz verewigt. Wenn man gleichzeitig bedenkt, dass in Sachsen Schwerpunkte neonazistischer Umtriebe liegen, wird das Ausmaß des Skandals erst richtig deutlich. Caberta, die in Sachsen mehrere ihrer dubiosen Auftritte hatte, und auch Beckstein, tragen hierfür persönliche Verantwortung.

## Regierungspapier entlarvt Vorwürfe als Rufmordkampagne

- **Rechtstreue der Scientology Kirche jetzt auch von Bundesregierung bestätigt**
- **Neue Dokumente zeigen: Bespitzelung wurde wider besseres Wissen fortgeführt**

Endlich kommt die Wahrheit auf den Tisch: Seit mehr als drei Jahren „beobachtet“ der Verfassungsschutz (VS) die Scientology Kirche, obwohl innerhalb der Behörde von Anfang an klar war, dass die gegen die Religionsgemeinschaft erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen. Jetzt bekannt gewordene Regierungsdokumente belegen, dass der Inlandsgeheimdienst nur auf massiven politischen Druck hin seine Schnüffeltätigkeit aufgenommen hat. Die Scientology Kirche hat in einem Rundschreiben an maßgebliche Politiker auf die neuen Erkennt-

*Fortsetzung auf Seite 2 unten*

*Immer wieder demonstrieren Mitglieder der Scientology Kirche gegen die Ungleichbehandlung von Minderheitsreligionen in der Bundesrepublik (im Foto mit 10.000 Teilnehmern in Berlin). In einem Papier des Bundesfamilienministeriums (oben) zeigt sich jetzt, dass diese Ungleichbehandlung über alle anderslautenden Erkenntnisse hinweg betrieben wird.*



## Caberta und kein Ende

### Ursula Caberta, Leiterin der verfassungswidrigen „Arbeitsgruppe Scientology“ in der Hamburger Innenbehörde, sitzt immer tiefer in den Nessel – und mit ihr ihre Vorgesetzten

Wie berichtet läuft gegen die Hamburger Senatsangestellte seit September 2000 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Vorteilsannahme und der Bestechung. Die Scientology Kirche hatte nachgewiesen, dass Caberta ausgerechnet von dem amerikanischen Scientology-Prozessgegner Robert Minton ein heimliches „Darlehen“ angenommen hatte. Über die Höhe der Geldzuwendung schweigt sie sich bis dato genauso aus wie über damit verbundene Gegenleistungen.

Dem Bestechungskandal läuft mit fortschreitender Zeit ein weiterer Skandal den Rang ab: In ähnlich gelagerten Fällen werden Beamte und Angestellte bei einem derart begründeten Korruptionsverdacht zumindest suspendiert. Nicht so in der Hamburger Innenbehörde. Zum Vergleich: Im Vorfeld neuer Anti-Korruptionsrichtlinien für das Land Rheinland-Pfalz hat die Stadt Landau sogar die Annahme von



*Von einem Skandal zum nächsten: Ursula Caberta nach einem Treffen mit Robert Minton.*

Weihnachtspresents durch Stadt-Personal verboten. „Wir wollen“, so der regierende Oberbürgermeister, „gar nicht erst in die Nähe von Beeinflussung und

Vorteilsnahme geraten“.

Grundsätzlich sehen dies alle Bundesländer natürlich sehr ähnlich, einschließlich Hamburg. Im Fall Caberta will man aber offenbar um jeden Preis das Gesicht wahren, obwohl die Frist für den Freispruch erster Klasse schon lange abgelaufen ist: Das der Innenbehörde unterstellte „Dezernat Interne Ermittlungen“ ermittelt seit nunmehr drei Monaten, ebenso die Staatsanwaltschaft. Wenn Caberta tatsächlich kein Geld genommen hätte, wäre das peinliche Schweigen schon lange vorbei. Man kann sich des Verdachts nicht erwehren, dass hier fieberhaft nach einer „Lösung“ gesucht wird.

Hinter den Kulissen ein weiterer Skandal: Robert Minton, gegen den bei der Staatsanwaltschaft Hamburg ein Strafverfahren wegen Bestechung und Vorteilsnahme läuft – das Gegenstück zu dem Ermittlungsverfahren gegen Caberta –, kam

Ende Oktober höchstpersönlich zu einem Meeting mit Caberta nach Hamburg. Treffen sich zwei Beschuldigte eines Strafverfahrens, klicken normalerweise die Handschellen. Verdunkelungsfahr heißt das Stichwort. Es könnten ja Absprachen getroffen oder andere Verdunkelungshandlungen vorgenommen werden. Bei einem US-Amerikaner liegt ferner regelmäßig der Haftgrund der Fluchtgefahr vor, da dieser in den USA für deutsche Gerichte nicht greifbar wäre. Was für den Normalbürger gilt, gilt für den innenministeriellen Sponsor Minton noch lange nicht. Unbehelligt reist er ein, bespricht sich mit Caberta und reist ebenso unbehelligt wieder aus.

Allerdings wird der Boden für Minton weltweit immer heißer: In seiner Dezemberausgabe berichtet jetzt das englische Wirtschaftsmagazin *BusinessAge*, dass es in der Minton-Affäre nicht bei

*Fortsetzung auf Seite 2 oben*

## DAS WORT ZUM SONNTAG oder: Lügen wie gedruckt

In jeder Hinsicht bemerkenswert ist die für die Medien bestimmte Version Cabertas über ihre eidesstattliche Vernehmung in Florida, bei welcher der Bestechungsskandal aufflog.

Am tollsten trieb sie es in einem Interview mit einer Hamburger Sonntagszeitung. „Würden Sie bestochen, Frau Caberta?“, fragte das Blatt Ende November.

Zu dem Vorwurf, dass sie von Minton ein Darlehen erhalten haben soll, wolle sie „im Moment nichts sagen“, teilte Caberta dem Blatt mit. Auf „ihren eigenen Wunsch hin“ würde das Dezernat Interne Ermittlungen (DIE) die Vorwürfe untersuchen.

**Die Wahrheit:** Sie selbst gestand in ihrer eidlichen Vernehmung in den USA, dass sie ein „Darlehen“ von Minton erhalten habe. Die Anti-Korruptionsbehörde DIE ermittelt natürlich, weil die Scientology Kirche mit ihrer Strafanzeige die Affäre ins Rollen gebracht hat – und nicht, weil Frau Caberta das „wünscht“.

In Florida, so Ursula Caberta weiter, wollte sie eigentlich nur „UrLaub machen“.

**Die Wahrheit:** Sie flog ein, um Robert Minton Amtshilfe zu geben, weil diesem gerade in einem Rechtsstreit mit der Scientology Kirche die Felle davonschwammen. Ihr luxuriöser Aufenthalt wurde aus den Kassen des Robert Minton bezahlt. Wenn sie privat auf Urlaub in Florida gewesen ist, wie sie behauptet, dann käme das zumindest einer weiteren Vorteilsnahme gleich.

Auf die Frage, warum sie denn nicht die Aussage verwei-

gert habe, antwortet Ursula Caberta allen Ernstes: „Zunächst einmal habe ich nichts zu verbergen.“

**Die Wahrheit:** In ihrer eidlichen Vernehmung reagierte Caberta auf die Frage nach Bestechungsgeldern zuerst mit gespielter Empörung („Warum sollte Mr. Minton mir Geld geben?“), dann mit verzweifelten Appellen („Also, ich würde wirklich gern wissen, ob ich diese Frage beantworten soll. Ich würde es vorziehen, keine Fragen bezüglich Geld zu beantworten.“) und schließlich mit einem kleinteiligen Geständnis („Bob Minton hat mir ein Darlehen gegeben.“), und das auch erst, nachdem ihr von ihrem eigenen Rechtsbeistand nahe gelegt worden war, die Frage endlich zu beantworten. Frau Caberta hatte sehr wohl etwas zu verbergen.

Ihre überstürzte Abreise aus Florida erklärte sie der Sonntagszeitung mit „Sicherheitsbedenken“ für ihre Person, die sie allerdings erst nach der Vernehmung verspürte. Tatsächlich erzählte sie gleich mehreren Medien die Geschichte von der tapferen Hamburger Abteilungsleiterin, die bis zur letzten Sekunde im feindseligen Amerika ausharrte.

**Die Wahrheit:** Die Fortsetzung ihrer eidlichen Vernehmung stand an. Und dort wäre es um die Höhe des „Darlehens“ gegangen, das sie von Robert Minton zweifelsfrei erhalten hat. Caberta zog es vor, Florida fluchtartig zu verlassen.

Schade nur, dass das Blatt nicht nachhakte. Der Wahrheit tut das trotzdem keinen Abbruch.

Fortsetzung von Seite 1 unten: strafrechtlichen Ermittlungen und behördlichen Untersuchungen bleiben wird. Diese sind laut dem Magazin auch in England am Laufen, wo sich mittlerweile das Innenministerium zugeschaltet hat.

Darüber hinaus, so das Blatt, bereiten die Geschädigten jetzt Zivilklagen vor, die namentlich gegen Robert Minton und Nigarias letzten Blutdiktator Sani Abacha beziehungsweise seine Erben und Clan-Mitglieder gerichtet sind. Allein in England seien Dutzende Unternehmen wie Unilever oder die Barclays Bank „möglicherweise um Hunderte von Millionen Pfund betrogen worden“.

*BusinessAge* zitiert des Weiteren Untersuchungsberichte, wonach die Mittel und Wege der von Minton gesteuerten Betrügereien unter dem Regime des Diktators Bambang und die späteren Tarnpfade des Abacha-Clans, der Mitte der 90er Jahre Milliarden von Dollar aus dem Land schaffte,



faktisch identisch gewesen seien. Und man darf gespannt sein, was die Ermittler noch alles ausgraben werden.

Für den Hamburger Innensenator ist das alles nach wie vor kein Grund, sich rigoros von diesem Sumpf zu trennen. Caberta darf auch weiterhin ganz offiziell mit Minton den Tango corrupti aufführen.

„BusinessAge“ vermutet, dass Robert Minton (unten) sich warm anziehen muss. Immer mehr Behörden in verschiedenen Ländern beteiligen sich an der Aufklärung der ihm zur Last gelegten Betrügereien.

Wie lange dieses Schmierentheater noch gehen soll, weiß niemand so recht. Tatsache ist, dass der vor dem Verwaltungsgericht Hamburg beklagte Innensenator gegen die Vorwürfe massiver Bestechung seiner Abteilungsleiterin und der Duldung mafioser Strukturen kein einziges Wort zu seiner Rechtfertigung vorbringen konnte oder wollte. Eine Innenbehörde, die solche Vorwürfe angesichts unbestreitbarer Fakten unwidersprochen vor Gericht stehen lassen muss, ist in jedem Fall an ihrem Tiefpunkt angelangt. ◊

## „Schöne Männer und guter Wein“

Die innenministerielle Bedienstete kann's einfach nicht lassen: In einem jetzt bekannt gewordenen Schreiben setzt sich Ursula Caberta gegenüber dem zuständigen Bezirksamt dafür ein, dass eine Sauna im Gebäude der Hamburger Scientology Kirche nicht genehmigt wird. Begründung: Damit würde ja auch die Durchführung des so genannten Reinigungs-Programms (siehe Kasten unten) ermöglicht werden. Dort würde man diverse Vitamine einnehmen und das sei mit „Gesundheitsrisiken“ behaftet. Außerdem sei das für Mitglieder eine Art „Pflichtprogramm“. Folglich, wie deutlich herauszulesen ist, kann man hier der Religionsfreiheit und der diesbezüglichen staatlichen Neutralitätspflicht wieder einmal Genüge tun: mit einem Verbot der Inbetriebnahme der Sauna-Einrichtung. Bravo.

Ihre eigene Lebensphilosophie fasste sie in einem *Spiegel*-Interview einmal als „schöne Männer und guter Wein“ zusammen, nicht unbedingt in dieser Reihenfolge. Ihre „sinnenfrohe“ Art, wie es der *Spiegel* wörtlich bezeichnete, bleibt ihr unbenommen. Aber ausgerechnet Vitamine im Einsatz gegen die Auswirkungen von Drogen mit „Gutachten“ über deren mögliche Gesundheitsrisiken anzugreifen, das ist nicht mehr nur merkwürdig. Damit wird von ihr das Gegenteil gut geheißenen, nämlich der Konsum von bewusstseinsmindernden Substanzen. Über die bewiesenermaßen zerstörerischen Auswirkungen von Drogen und übermäßigem Alkoholgenuß hat Frau Caberta jedenfalls noch kein kritisches Wort verloren.

### Das Reinigungs-Programm

ist ein aus verschiedenen Komponenten (wie Saunagänge und die Einnahme bestimmter Vitamine) bestehendes körperliches Ertüchtigungsprogramm, das den Zweck verfolgt, Menschen von den schädlichen Rückständen von Drogen und Schadstoffen im Körper zu befreien. Diese Stoffe interagieren mit der Person, ihrem Denken, ihren Gefühlen, ihrem Handeln – auch Jahre und Jahrzehnte nach deren Einnahme. Sie stellen sozusagen ein „biochemisches“ Problem dar und stehen jeder Form von spiritueller Verbesserung oder Erlösung im Wege. Nur unter diesem Gesichtspunkt setzt sich die Scientology Kirche dafür ein, solche Rückstände mit Hilfe des von L. Ron Hubbard entwickelten Programms effektiv zu beseitigen.



Das Reinigungs-Programm wird auch von der Selbsthilfegruppe Narconon verwendet und ist einer von mehreren Schritten in diesem weltweit erfolgreichsten Drogenrehabilitationsprogramm, das mit Unterstützung der Scientology Kirche in zahlreichen Ländern durchgeführt wird. Unter Narconons Leitung entsteht zur Zeit das größte Drogenrehabilitationszentrum der Welt in Arrowhead im US-Bundesstaat Oklahoma (Foto rechts). Neben einer medizinisch betreuten Entzugseinrichtung gibt es auf dem Areal auch Schulungsräume und eine eigene Landebahn (im Bild links oben).

Fortsetzung von Seite 1 oben: nisse hingewiesen und ein Ende der millionenfachen Steuervershwendung durch die sinnlose VS-Beobachtung verlangt.

Die Verfasser der kürzlich ergangenen „Antwort der Bundes-

regierung“ auf eine „Kleine Anfrage“ einiger Unionsabgeordneter im Bundestag formulierten ihre Sätze knapp und unmissverständlich. Das Regierungsdokument räumt ein, dass die oft wiederholten Unterstellungen gegen

die Scientology Kirche keine Entspruchung in der Wirklichkeit finden. Zu angeblichen Verstößen der Scientologen gegen das Heilpraktikergesetz – seit Jahrzehnten ein beliebter Vorwurf – heißt es: „Konkrete Informationen über Verstöße gegen das Gesetz liegen dem Bund nicht vor“.

Das für die Antwort zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führte zusammenfassend auch für andere Bereiche aus, dass der Bundesregierung keine Informationen über strafrechtlich relevantes Verhalten der Scientology-Organisation oder ihrer Mitglieder in Deutschland vorliegen.

Vor dem Hintergrund jahrelanger Verdächtigungen und behördlicher Untersuchungen ist dies eine für wahr ernüchternde Aussage, die eigentlich Anlass sein sollte, der Propagandakampagne den Rücken zu kehren und zu einem normalen Umgang mit den Scientologen zurückzukehren.

Sogar der von den amtskirchlichen Sektenbeauftragten besonders gern bemühten Unterwanderungslegende erteilt die Regierung eine Abfuhr: „Eine Einflussnahme der Scientology-Organisation in der Wirtschaft konnte bisher nicht festgestellt werden.“

Dem Umstand, dass die Bun-

desregierung in ihrer Antwort außer Fehlanzeigen und Mutmaßungen keinerlei Tatsachen für die Ungleichbehandlung der Scientology Kirche aufzeigen konnte, geht eine umfassende deutschlandweit durchgeführte Umfrage des zuständigen Bundesfamilienministeriums voraus. Bis hinunter in den letzten Winkel der Republik mussten Ministerien, Ressorts der jeweiligen Landesregierung, Landkreise und kreisfreie Städte einen mehrseitigen Fragenkatalog beantworten, in dem alle einschlägigen Stellen um ihre „Erkenntnisse“ zu gängigen Unterstellungen gegenüber der Scientology Kirche gebeten wurden. Ergebnis dieser erst jetzt bekannt gewordenen Umfrage: Gleich null – wie die Antwort der Bundesregierung auch widerspiegelt.

Fortsetzung auf Seite 3 unten

### IMPRESSUM

Published by the Church of Scientology International, 6331 Hollywood Blvd., Suite 1200 L.A., California 90028-6329, USA  
 Editor in Chief: Gail Armstrong Church of Scientology International, 6331 Hollywood Blvd., Suite 1200, L.A., California 90028-6329, USA  
 Responsible Editor for Germany: Sabine Weber, Beichstraße 12, D-80802 München  
 Published in Los Angeles, California, USA  
 Printed by Tom Grafisk, Vedlangebro 1, 2300 Copenhagen S, Denmark  
 Correspondents:  
 Austria: Andreas Böck Senefeldergasse 11/5, 1100 Vienna, Austria  
 Switzerland: Jürg Stettler Freitagerstraße 11, CH-8047 Zürich  
 © 2001 Church of Scientology International · Alle Rechte vorbehalten. Scientology ist eine geschützte Marke im Besitz des Religious Technology Center u. wird mit dessen Erlaubnis benutzt.

Herausgegeben von: Church of Scientology International 6331 Hollywood Blvd., Suite 1200 L.A., Kalifornien 90028-6329, USA  
 Verantwortlicher Redakteur: Gail Armstrong Church of Scientology International, 6331 Hollywood Blvd., Suite 1200, L.A., Kalifornien 90028-6329, USA  
 Verantwortlicher Redakteur im deutschsprachigen Raum: Sabine Weber, Beichstraße 12, 80802 München  
 Erscheinungsort: Los Angeles, Kalifornien, USA  
 Druck: Tom Grafisk, Vedlangebro 1, DK-2300 Kopenhagen S  
 Auslandskorrespondenten:  
 Österreich: Andreas Böck Senefeldergasse 11/5, A-1100 Wien  
 Schweiz: Jürg Stettler Freitagerstraße 11, CH-8047 Zürich

# Wieder Schlappe für die Schlapphüte

## Gericht erteilt Religionsschnüffelei deutliche Abfuhr

Mit einem wegweisenden Urteil hat das Arbeitsgericht München der in Bayern mit besonderem Eifer betriebenen Bespitzelung nicht-amtskirchlicher religiöser Bekenntnisse einen Riegel vorgeschoben. Die Befragung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst nach ihrer Zugehörigkeit zur Scientology Kirche ist demnach nicht rechtmäßig.

Als Anfang 1950 der amerikanische Hochkommissar für Deutschland die bayerische Staatsregierung ermächtigte, eine „kleine Dienststelle zum Zwecke der Sicherung von Nachrichten über umstürzlerische Tätigkeit“ zu errichten, war dies die Geburtsstunde des bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz. Die Absicht war noch unzweideutig: Die junge Demokratie sollte sich gegen tatsächliche Angriffe wehren können. Keinesfalls, so viel steht fest, wollte man eine allgegenwärtige Gesinnungspolizei.

Mit den Jahren freilich eignete sich der weißblaue Geheimdienst immer mehr Befugnisse an. Aus „klein“ wurde groß, aus der „Dienststelle“ eine flächendeckende Organisation von Spitzeln und Zuträgern, die keineswegs nur Informationen sammelt, sondern offenbar der Einfachheit halber in etlichen Fällen Gerüchte gleich selbst in die Welt setzt und publizistisch vermarktet. Auch der zentrale Begriff „umstürzlerische Tätigkeit“ – in den Gründerzeiten der Behörde bestimmendes Element für ihren Einsatz – ist längst nicht mehr das, was er einmal war. In Becksteins Geheimdienst genügt nachweislich bereits die bloße Möglichkeit einer nicht genehmigen Gesinnung, um „überwacht“ zu werden.

Wie weit dieser Hang zur präventiven Gedankenkontrolle mittlerweile geht, musste auch Herbert Kleinert\* am eigenen Leib erfahren.

Herbert Kleinert ist seit 1978 Mitglied der Scientology Kirche und bei der Stadt München im öf-  
\*Name von der Redaktion geändert

fentlichen Dienst beschäftigt. Im Rahmen seiner Tätigkeit, so Münchens Personalreferent Thomas Böhle, sei er „nie auffällig geworden“. Das trifft allerdings



auch auf alle anderen Scientologen in Bayern zu, die als Lehrkräfte oder in der Verwaltung ihre Arbeit verrichten – und war bislang kein Grund für den Frei-



Innenminister Günther Beckstein hält Bayern gedankenrein.

staats-Geheimdienst, sich aus dem Leben völlig Unschuldiger herauszuhalten.

Anfang September 1999 „informierte“ das bayerische Innenministerium den Arbeitgeber Herrn Kleinerts davon, dass dieser Kurse bei Scientology belegt habe – so die „Erkenntnisse“ des bayerischen Verfassungsschutzes. Wie in ähnlichen Fällen wurde der bis dahin Unbescholtene jetzt mit einem amtlichen Fragebogen konfrontiert, in dem er detailliert über seine Mitgliedschaft bei der Scien-

tology Kirche Auskunft geben sollte. Diese spezielle Form eines „Sektenfilters“ war 1996 von Polizeiminister Beckstein zur Ausgrenzung und Diskriminierung



Im Münchner Arbeitsgericht (oben) ließ man sich von den wenig menschenrechtskonformen Vorgaben aus dem bayerischen Innenministerium (rechts) nicht beeindrucken.

von Mitgliedern der Scientology Kirche erfunden worden – ohne irgendeinen konkreten Vorfall, bis heute nicht, wie das Innenministerium auf Anfrage zugeben musste.

Normalerweise – nötigenfalls mit Hinweis auf ihre selbstverständliche Loyalität zur Verfassung – beantworten im öffentlichen Dienst beschäftigte Scientologen den Fragebogen gar nicht erst. Der Umstand, dass diese Reaktion noch in keinem Fall zu disziplinarischen Maßnahmen oder gar Entlassungen geführt hat, zeigt deutlich, welchen Bezug das diskriminierende Treiben zur Wirklichkeit hat: überhaupt keinen.

Herbert Kleinert aber ging noch einen Schritt weiter. Er klagte – wobei er noch das Glück hatte, dass er von der gezielten Anschwärzelei überhaupt unentrichtet wurde. Auch das ist keine Selbstverständlichkeit. Vor einigen Jahren machte der Fall eines Computerfachmanns Schlagzeilen, dem von 70 (!) Firmen ohne plausiblen Grund die Anstellung

verweigert worden war. Nach drei Jahren fand er heraus warum: Der Verfassungsschutz hatte die Unternehmen mit einer „Erkenntnis“ über ihn versorgt, wonach er beim letzten Arbeitgeber während einer so genannten Sicherheitsüberprüfung gekündigt habe. Was nicht einmal stimmte.

Im Fall Kleinert sperrte das Arbeitsgericht München den geheimdienstlichen Zeitgeist jetzt zurück in die Flasche. Ende Oktober 2000 entschied es vollumfänglich zu Gunsten des Klägers (Gz.: 21 Ca 13754/99) und verwies damit die Beckstein'schen Gedankenüberwacher zurück auf den Boden eben jener Verfassung, als deren Bewahrer sie sich preisen. Das Urteil hat natürlich nicht nur für Bayern grundsätzliche Bedeutung, sondern für alle Bundesländer, welche sich die diskriminierende Bespitzelungspraxis grundlos aufdrängen ließen.

Es gibt, so das Gericht in seinem Endurteil, keinerlei Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Handlungen des Klägers. Weder lägen solche im Verhalten des Klägers begründet noch in der Tatsache seiner Mitgliedschaft in der Scientology Kirche noch in dem Umstand einer von ihm früher bekleideten Position in der Scientology Kirche, die der Stadt München im übrigen bereits bei Anstellung bekannt war. Folglich sei Herr Kleinert mangels gesetzlicher Anspruchsgrundlage auf Seiten des Arbeitgebers nicht verpflichtet, den streitgegenständlichen Fragebogen auszufüllen.

Am 5. Dezember wurde das Urteil rechtskräftig. Eine Reihe ähnlicher Fälle, die in Erwartung dieser Entscheidung bei den Gerichten auf Eis liegen, werden jetzt wohl folgen.

Das bayerische Innenministerium übte sich nach dem Urteil wie gewohnt in der Desinformation der Medien. Es sei „nicht mehr als eine Einzelfallentscheidung“, behauptete dessen Sprecher

Michael Ziegler. Offenbar hat er das Urteil nicht gelesen. Das versteht nämlich klar die von Beckstein in die Welt gesetzte Relation zwischen Mitgliedschaft in der Scientology Kirche und angeblicher verfassungsfeindlicher Betätigung – und damit die Grundlage der Befragung. Das Urteil erschüttert damit aber auch die Existenzgrundlage anderer Formen von „Sektenfiltern“.

Wozu also ein Festklammern an den Fragebogen? Offenbar nur, um nicht öffentlich eingestehen zu müssen, dass man sich in Sachen Scientology vollständig veranrannt hat.

„Irrren ist menschlich“ schrieb die SZ anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Verfassungsschutzes in Bayern und mit Blick auf dessen zahlreiche Übergriffe auf völlig Unschuldige. „Aber das Landesamt für Verfassungsschutz“, so die Zeitung weiter, „ist in seinen Irrtümern oft außerordentlich beharrlich und uneinsichtig“. Eine Bewertung, die um so mehr auf die Dienstherren und Masterminds im bayerischen Innenministerium zutreffen dürfte.

Blickt man auf das geheimdienstliche Gebaren im Fall Kleinert, dann drängt sich der Vergleich mit einem Hofhund auf, der täglich über den Zaun springt und nichts ahnenden Passanten hinterherjagt. Zwar schützt er damit nicht das Hab und Gut seines Herrchens vor tatsächlichen Bedrohungen, aber er tut wenigstens so.

Ob speziell in Sachen Scientology aber wirklich nur bloßer Dienstleister gepaart mit „Uneinsichtigkeit“ im Spiel ist, wird nicht zuletzt auch von internationalen Experten und Menschenrechtsgremien angezweifelt. In der Gesamtschau fühlt man sich eher an eine genau kalkulierte Schmutzkampagne erinnert, die von sachfremden politischen Erwägungen (einschließlich amtskirchlicher Interessen) getragen wird.

Und wenn dem so ist, muss man anfragen, dann ist Becksteins „Politik“ in sich selbst zutiefst verfassungswidrig, also genau das Gegenteil von dem, was sie vorgibt zu sein. ♦

Fortsetzung von Seite 2 unten:

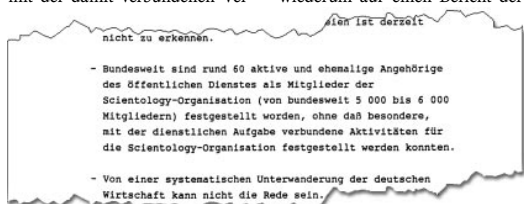
### Missbrauch des Verfassungsschutzes als „Big Brother“

Für die Scientologen selbst, die seit Jahren auf entsprechende Gerichtsurteile und Ermittlungsergebnisse verweisen, sind die amtlichen Feststellungen seit langem bekannte Tatsachen. Immerhin ist ein ehrliches Leben nicht nur ein bloßes Anliegen der Scientology-Religion, sondern ein Grundaspekt ihrer Lehre.

Die Antwort auf die „Kleine Anfrage“ bekommt noch ein ganz anderes Gewicht, wenn man Dokumente in Betracht zieht, welche die Scientology Kirche im Rahmen kürzlicher Akteneinsichten bei verschiedenen Behörden ans Tageslicht gefördert hat. Demnach weiß der Verfassungsschutz bereits seit Jah-

ren, was auch die Bundesregierung jetzt eingestanden hat: Eine gezielte politische oder gar demokratiefeindliche Betätigung von Scientologen gibt es nicht.

Von Anfang an war der „Knüppel“ des Lauschangriffs gegen eine religiöse Gruppierung mit der damit verbundenen Ver-



Kabinettsbeschlussvorlage 0331/1999 aus Schleswig-Holstein belegt auch, dass sich bundesweit noch nie ein Beamter oder Angestellter des öffentlichen Dienstes im Zusammenhang mit seiner Mitgliedschaft in Scientology irgendetwas zuschulden hat kommen lassen. „Beobachtet“ wurde trotzdem.

Innenministerkonferenz (IMK) bezieht. In dem Schreiben stellt das Schleswig-Holsteinische Innenministerium aufgrund eigener Ermittlungen und in Anlehnung an die Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter der anderen Länder unzweideutig fest, „eine unmittelbare politische Betätigung“ der Scientology Kirche oder gar „eine Unterwanderung politischer Parteien“ sei „nicht zu erkennen“.

Weiterhin heißt es in dem Papier: „Von einer systematischen Unterwanderung der deutschen Wirtschaft kann nicht die Rede sein.“ Aufgrund dieser Feststellungen hätte man zwangsweise von der geheimdienstlichen Überwachung einer Religionsgemeinschaft absehen müssen – so wie es Schleswig-Holstein mit Kabinettsbeschlüssen aus den Jahren 1997 und 1999 auch tat. Die dor-

tige Landesregierung beschied: „Vor dem Hintergrund der bisherigen Beobachtungsergebnisse zeigt sich, dass die Vorbehalte Schleswig-Holsteins gegen die nachrichtendienstliche Beobachtung der Scientology-Organisation zu Recht geltend gemacht worden sind.“

### Im amtskirchlichen Auftrag

Tief blicken lässt auch ein ursprünglich als „VS-Vertraulich“ eingestuftes, jetzt aber offen zugängliches Dokument aus Berlin. Bereits im März 1997, bevor die Innenminister dem Verfassungsschutz den Marschbefehl gegen die Scientologen gaben, wusste man auch in der Hauptstadt, dass die Beobachtung von Scientology rechtlich weder begründet war noch entschuldigt werden konnte.

„Anhaltspunkte für den Ver-“  
Fortsetzung auf Seite 4 unten

# DAS SCHECKBUCH-WUNDER

## Ein Berliner Pfarrer kämpft gegen Geldprobleme, die er mit seinen antireligiösen Parolen selbst heraufbeschworen hat

Die Zeiten sind hart für Pastor Thomas Gandow, den Anti-Sekten-Beauftragten der evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg. Ein neues Jahr ist angebrochen, und wie immer ist zu wenig Geld im Topf für die Verunglimpfung von Andersgläubigen.

Wie aus dem evangelischen Landeskirchenamt zu erfahren war, wird bei dem umtriebigen Großinquisitor jetzt auch noch der Rotstift angesetzt. Der Grund: Der Luther-Kirche laufen die Gläubigen in Scharen davon. Von 1991 bis 1999 verlor die evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg ein Fünftel ihrer Mitglieder. Der versiegende Strom an Kirchensteuern zwingt zum massiven Sparen. Für Gandow hat dies zur Folge, dass sein Budget im kommenden Jahr nur noch in einer Höhe von 110.000 Mark aus Kirchensteuermitteln bestritten werden soll. Alles darüber hinaus muss der Kirchenmann aus „Spenden und Opfergaben“ bestreiten.

Da Gandow aber weniger auf die Seelsorge als vielmehr auf die Bekämpfung Andersgläubiger spezialisiert ist, will er sich offenbar nicht auf mildtätige Opfergrößen verlassen. Ein kürzlicher Vorfall lässt die Vermutung zu, dass er sich vielmehr auf das Eintreiben von Großspenden verlegt.

### Tatort: Berlin

Ausgerechnet in den Berliner Dom verlegte der fanatische Verfolger von Minderheitsreligionen eine seiner unchristlichen Pressekonferenzen. Der heilige Ort musste im November dazu erhalten, Menschen, die nicht dem Gandow'schen Glauben anhängen,

mit Schmutz zu bewerfen. Ehrengäste des pietätlosen Spektakels: Der im Schussfeld zahlreicher Ermittlungsbehörden stehende US-Millionär Bob Minton und seine deutsche Verbündete Ursula

geber laut Strafanzeige: Robert Minton (siehe Artikel Seite 1).

Aber nicht nur Caberta, auch Pastor Gandow sucht seit geraumer Zeit Mintons Nähe und glaubt offenbar, den Richtigen ge-

bloße Anwesenheit im Hause Gandow, sondern auch eine Begebenheit am Rande des Geschehens nahe legt. Wie eine zufällig dabei stehende Person eidesstattlich bezeugte, ging es in einem Gespräch zwischen Gandow, Minton und dessen Anhängern darum, ob Gandow „das Geld erhalten habe“. Auf Gandows Bejahung folgte die englische Erwiderung: „Have fun with it“ („Viel Spaß damit“).

Dieses Gespräch legt die Schlussfolgerung nahe, dass Gandows

akute Geldnot und damit seine sehr irdischen

Qualen ein Ende gefunden haben. In der Geldhandlung oder nicht – der lutherische Kirchenmann stört sich jedenfalls in keiner Weise an

dem Umstand, dass Minton seine Millionenprofite auf Kosten eines der ärmsten Länder Afrikas erschwindelt hat und die Republik Nigeria derzeit über die Genfer Staatsanwaltschaft versucht, die in der Schweiz gebunkerte Beute zurückzuerlangen.

Mintons Erfolgsrezept ist ebenso einfach wie wirkungsvoll. Er macht sich seine Gefolgsleute regelmäßig mit dem Scheckbuch hörig. Vor zehn Jahren waren es Militärdiktatoren in Nigeria, als deren Finanzarchitekt Minton beschrieben wird, heute sind es Kaufleuten in amerikanischen Gerichtsprozessen – die seltensamerweise alle auf der Lohnliste

Mintons stehen – und eine fanatische Hamburger Senatsangestellte, die heimlich von ihm ein „Darlehen“ annahm. Nichts ist nahe liegender als die Vermutung, dass auch Mintons deutsche Fangemeinde dem Wink mit dem Scheckbuch und der Hoffnung auf einen Teil der dahinter vermuteten Dollarmillionen erliegt. Eine diesbezügliche Anfrage von FREIHEIT ließ Thomas Gandow übrigens unbeantwortet.

### Millionenfacher Schaden

Wer Gandows Wirken beobachtet, dem wird sehr schnell eines klar: Dieser Mann kennt keine Hemmungen, wenn es um die Erfüllung seiner rufmörderischen Aufgaben geht. So ließ der Anti-Sekten-Pfarrer kürzlich in den Medien verbreiten, Mitgliedern einer außerhalb der Amtskirchen stehenden Glaubensgemeinschaft seien Bonbons, die eine Flüssigkeit „aus verdünntem Blut und aus Spermien des Sektengründers“ enthalten hätten, verabreicht worden. Mit Unschuldsmiene berief sich Gandow, wie schon so oft, auf „Aussteiger“.

Hass-Prediger wie Gandow können sehr wohl mit ein Grund dafür sein, dass sich die Kirchenoberen die Haare raufen, wenn sie auf die Austrittszahlen schauen.

Thomas Gandow mag möglicherweise das Loch in der eigenen Tasche mit den sehr berechnenden Spenden des amerikanischen Gönners Bob Minton vorübergehend stopfen. Den millionenfachen Schaden aber, den er in jahrelanger destruktiver Öffentlichkeitsarbeit unter dem Deckmantel der „Aufklärung“ angerichtet hat – in seiner eigenen Kirche –, den kann er nicht mehr gutmachen. ♦



Rettungsring für Pastor Gandow? Der lutherische Inquisitor (rechts) blies für Robert Minton (rechts oben) zur Pressekonferenz im Berliner Dom.

Caberta, Leiterin der verfassungswidrigen „Arbeitsgruppe Scientology“ in der Innenbehörde Hamburg.

Gegen Caberta wird zur Zeit aufgrund des Verdachts der Vorteilsannahme und Bestechlichkeit staatsanwaltlich ermittelt. Geld-

troffen zu haben – einen, der für seine Finanzprobleme ein offenes Ohr und möglicherweise auch eine ebenso offene Brieftasche hat. Der reiche Onkel aus Amerika als letzte Hoffnung für Gandows Geldsorgen? Abwegig ist das keinesfalls, wie nicht nur Mintons

Fortsetzung von Seite 3 unten: **dacht ..., dass die SO politische Bestrebungen ... verfolgt, konnten bisher nicht festgestellt werden**“, heißt es da, und es gebe auch „keine Belege oder konkrete Anhaltspunkte dafür“ ..., dass es sich „um eine kriminelle Vereinigung handelt“. In der Folge dieser Bewertung wäre es nur konsequent gewesen, Scientology-Mitglieder vor Diskriminierung zu schützen und ihre Grundrechte nicht länger anzutasten.

Eine Erklärung dafür, warum in Berlin die Logik trotzdem aussetzt, findet sich in der „Vorberemung“ des Schriftstücks. Es habe „eine Reihe von Informationsgesprächen, u. a. mit den Sektenbeauftragten der Evangelischen und Katholischen Kirche“ gegeben. Bekanntlich hatten „Sektenbeauftragte“ der evangelischen Kirche gefordert, die Ge-

heimpolizei gegen die Scientology einzuschalten.

Festzuhalten bleibt die Tatsache, dass die Verfassungsschutzämter entgegen den von ihnen selbst vorgelegten Erkenntnissen von der Innenministerkonferenz (IMK) erstmals in ihrer Geschichte gegen eine religiöse Gemeinschaft gehetzt worden sind.

Und bereits damals hatten nicht wenige politische Beobachter ein ungutes Gefühl – und wohl auch einige der IMK-Teilnehmer im November 1998.

### Wer zu spät kommt ...

Renate Künast, Bundesvorsitzende der Grünen, sprach im April 2000 in einem Interview mit der *Süddeutschen* offen das aus, was Verfassungsschützer nur heimlich ihren Akten anvertrauen: „Das Amt beobachtet Scientology, obwohl mittlerweile alle wis-

sen, dass Scientology keine Gefahr ist.“ Zu diesem Schluss kam auch die Schweizer Bundespolizei: „Es konnten keine Tätigkeiten festgestellt werden, die eine präventive Beobachtung rechtfertigen würden“, heißt es in einem vom eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement am 15. Dezember 2000 veröffentlichten Bericht über Scientology.

Neben dem Land Schleswig-Holstein, das die geheimpolizeiliche Observation der Scientology Kirche niemals aufgenommen hat, scheinen jetzt aber auch andere Bundesländer ihren Kurs gegenüber Scientology endlich zu überdenken. So wird die Scientology Kirche im neuesten VS-Zwischenbericht des Landes Nordrhein-Westfalen nicht mehr erwähnt, ein Umstand, der den Stand der Erkenntnisse mit Sicherheit treffend widerspiegelt.

Bereits vor einem Jahr sprach sich der damals scheidende Verfassungsschutz-Präsident von Nordrhein-Westfalen, Fritz-Achim Baumann, dafür aus, dass die Geheimdienste die Scientologen nicht länger beobachten sollten.

Zum Schmunzeln und dennoch aufschlussreich sind handschriftliche Anmerkungen, die in den Akten des Landes Schleswig-Holstein zu einem entsprechenden Zeitungsartikel nachzulesen sind: „Jetzt endlich (!)“, wird dort Baumanns Anliegen kommentiert. Und: „Diese Erkenntnis kommt sehr spät!“ Spät ist aber besser als nie. Denn wenn der Verfassungsschutz wider besseres Wissen nur aufgrund politischer Direktiven an der Einschränkung von Grundrechten für eine religiöse Gruppierung festhält, gefährdet er selbst massiv die Demokratie, die er schützen soll. ♦

Wenn Sie wegen Ihres Glaubens benachteiligt werden, wenden Sie sich an das

**Menschenrechtsbüro der Scientology Kirche Deutschland e.V.**

Beichstraße 12  
80802 München

Tel. 089/27817738  
Fax 089/27817740

<http://www.menschenrechtsbuero.de>  
[kontakt@menschenrechtsbuero.de](mailto:kontakt@menschenrechtsbuero.de)

## Kostenlose Information!

Nebenstehend finden Sie eine Auswahl von Broschüren und Magazinen, die wir Ihnen auf Anfrage gerne zuschicken.

Auch andere kostenlose Publikationen können Sie telefonisch oder per Fax anfordern:

Scientology Kirche Deutschland e.V., Beichstraße 12, 80802 München,  
Tel. 089/27817733 · Fax 089/27817740 · eMail: SKDeV@gmx.net  
<http://www.Ironhubbard.org>  
<http://www.dianetics.org>  
<http://www.scientology.org>  
<http://www.scientology.org/ger/scnhome.htm>